

rathaus · korrespondenz



gegründet 1861

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

Freitag, 29. Jänner 1982

Blatt 249

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Bundeseinheitliche Methoden bei der
(rosa) Lebensmitteluntersuchung
Theaterabend für junge Gemeindebedienstete
Neuer Leiter für die MA 25
Ehrenzeichen für Obermedizinalrat Suhsmann
Volkszählungsergebnis: Wien hat 1,515.666 Einwohner

Politik: Gratz: Unernsteste Argumente gegen Konferenzzentrum
(rosa)

Lokal: 277 Hochzeitsjubilare im Rathaus geehrt
(orange)

Nur über FS: 28.1. Brand in Leopoldstadt
Brand im Studentenheim
29.1. Bügeleisen nicht ausgeschaltet: Wohnzimmer brannte
aus
Wieder Frostaufbrüche

277 Hochzeitsjubilare im Rathaus geehrt

=++++

2 Wien, 29.1. (RK-LOKAL) Im Festsaal des Wiener Rathauses gratulierte Bürgermeister Leopold GRATZ in den letzten Tagen 277 Hochzeitspaaren zu ihrem Jubiläum.

Insgesamt gab es diesmal 215 Goldene (50 Jahre) und 61 Diamanten (60 Jahre) Hochzeitspaare. Ein Ehepaar, Hermine und Ing. Bruno Bartos feierte sogar sein Eisernes Hochzeitsjubiläum (65 Jahre).

Im vergangenen Jahr wurden im Wiener Rathaus 1.181 Jubelpaare geehrt. Bis zur Gnadenhochzeit, das sind 70 Ehejahre, brachte es 1981 das Ehepaar Marie und Rudolf Prinz, aus dem 1. Bezirk, Salzgries 19/13. Außerdem gab es im Vorjahr 9 Eiserne, 131 Diamantene und 1.040 Goldene Hochzeiter.

Die Anmeldung für die Ehrung von Hochzeitsjubilaren muß vier Wochen vor dem Hochzeitstag bei der zuständigen Bezirksvorstehung vorgenommen werden. Mitzubringen sind die Geburtsurkunden, die Heiratsurkunde, der Meldezettel und der Staatsbürgerschaftsnachweis (Schluß) ei/bs

NNNN

Bundeseinheitliche Methoden bei der Lebensmitteluntersuchung (1)

=++++

3 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung des Unterausschusses Konsumentenschutz, zu der dessen Vorsitzender GR. Wilhelm KNEISLER unter anderem Vertreter der Arbeiterkammer, der Handelskammer, der Gewerkschaft der Handelsangestellten und der Fleischerinnung begrüßen konnte, berichtete Stadtrat Josef VELETA über einen Briefwechsel mit dem Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, Dr. Kurt STEYRER. Auf den Vorschlag Veletas, bundeseinheitliche Untersuchungsrichtlinien für alle mit der Untersuchung von Lebensmitteln befaßten Anstalten zu schaffen, teilte Steyrer mit, daß das Lebensmittelgesetz die Ermächtigung enthalte, Methoden für die Untersuchung vorzuschreiben, wenn das zur Erzielung einwandfreier Ergebnisse geboten erscheine. Von dieser Ermächtigung sei bereits Gebrauch gemacht worden. Zur Vermeidung von Fehlern werden von den staatlichen Lebensmitteluntersuchungsanstalten laufend Ringversuche durchgeführt, deren Ergebnisse verglichen und diskutiert werden.

Der Vertreter der Fleischerinnung bezweifelte die Verlässlichkeit der Untersuchungsmethoden, da bei Gegenproben oft enorme Differenzen festgestellt werden. Schwere Verstöße gegen die Bestimmungen des Lebensmittelgesetzes erfolgten nur von Außenseitern der Branche und sollen entsprechend geahndet werden. Bei kleineren Delikten - wie bewußte oder unbewußte Fahrlässigkeit - wäre zu erwägen, im Sinne der Entkriminalisierung keine Eintragung in die Vorstrafenlisten vorzunehmen. (Forts.) we/gg

NNNN

Bundeseinheitliche Methoden bei der Lebensmitteluntersuchung (2)

=++++

4 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Als typischen Bereich einer gesetzlich unregulierten Materie bezeichnete der Vertreter der Arbeiterkammer die Vermarktung der Produkte des Biologischen Landbaus, da noch immer diesbezügliche Richtlinien fehlen; sie werden derzeit von der Unterkommission Bioprodukte in der Kodexkommission verarbeitet.

Der Direktor der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, Senatsrat Dr. Alfred PSOTA, bezeichnete die Qualität der Wiener Wurstwaren als optimal. Als erfreuliche Verbesserung im Sinne des Konsumentenschutzes könne die Tatsache gelten, daß sich die Fälle verdorbener Fleischwaren von 30 Prozent der Proben auf 21 Prozent vermindert haben; die Zahl der Verfälschungen sei von 20 Prozent auf 12,8 Prozent zurückgegangen.

Von Anzeigen wegen Verstöße gegen die Hygiene-Verordnung führten nur etwa 50 Prozent zu Verurteilungen, berichtete ein Vertreter des Marktamtes. Im vergangenen Jahr mußten im Hygiene-Bereich 1.514 Verwarnungen ausgesprochen und 1.079 Organstrafmandate verhängt werden, in 259 Fällen erfolgten Anzeigen an die Verwaltungsbehörde.

Einheitlich war die Meinung, daß das Lebensmittelgesetz den Anforderungen im Sinne des Konsumentenschutzes gerecht wird und keine Novellierung erforderlich sei. Probleme, die einer Lösung bedürfen, betreffen im allgemeinen lediglich Grenzfälle. (Schluß)
we/bs

NNNN

Theaterabend für junge Gemeindebedienstete

=++++

5 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Bereits zu einer guten Tradition ist die jährliche Einladung junger Gemeindebediensteter zu einer Vorstellung in das Theater an der Wien durch Personalstadtrat Franz NEKULA geworden. Dieses Jahr werden rund 700 junge Mitarbeiter der Stadt Wien zu einer Aufführung des Musicals "Jesus Christ Superstar" eingeladen.

Vor nunmehr 17 Jahren wurde in der Geschäftsgruppe Personalangelegenheiten ein eigenes Referat für die Jugendbetreuung eingerichtet. Aufgabe dieses Referates ist es, die jungen Bediensteten mit den vielfältigen Aufgabestellungen der modernen Stadtverwaltung und deren kulturellen Institutionen bekanntzumachen. Zu diesem Zweck werden Fach- und Bildungsvorträge sowie Exkursionen und Besichtigungen verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung und zwei Großveranstaltungen durchgeführt: Eine Schifffahrt in die Wachau und eine Theatervorstellung im Theater an der Wien. Im Rahmen des Jugendreferates werden derzeit mehr als 3000 junge Gemeindebedienstete betreut. (Schluß) en/bs

NNNN

Neuer Leiter für die MA 25

=++++

7 #Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Als neuer Leiter der MA 25 - zuständig für die technisch-wirtschaftliche Prüfung für Wohnhäuser - wurde Senatsrat Dipl.-Ing. Wolfgang RINDT von Magistratsdirektor Dr. Josef BANDION am Freitag in sein Amt eingeführt. Anwesend bei der Amtseinführung waren auch Stadtrat NEKULA, Obersenatsrat Dr. Alfred PEISCHL und Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Ernst FILZ.#

Senatsrat Rindt trat die Amtsnachfolge von Senatsrat Dipl.-Ing. Kurt Schwaller an, der in die Baudirektion als Gruppenleiter für Umwelttechnik berufen wurde. Senatsrat Rindt trat 1956 in den Dienst der Stadt Wien ein und hat sich beim Bau der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost sowie als langjähriger Abteilungsleiter-Stellvertreter der Magistratsabteilung 27 große Verdienste erworben. (Schluß) ba/bs

NNNN

Gratz: Unernsteste Argumente gegen Konferenzzentrum

=++++

8 Wien, 29.1. (RK-POLITIK) "Was sich die Opposition in der Debatte um das Konferenzzentrum leistet, ist kabarettreif", stellte Bürgermeister Leopold GRATZ Freitag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ" fest. "Der FPÖ-Abgeordnete Jossek verlangte, man solle statt des Konferenzzentrums 5.000 Wohnungen in ganz Österreich bauen. Der ÖVP-Abgeordnete Bergmann will ihn übertreffen, weil er schließlich von der größeren Partei ist, und verlangt 10.000 Wohnungen. Und Parteiobmann Dr. Mock, weil er der Höhere ist, vergattert seinen Parteivorstand zu einem Beschluß, in dem 12.000 Wohnungen statt des Konferenzzentrums gefordert werden. Alles nach dem Motto 'Darfs ein bisserl mehr sein?'."

"Dieses lächerliche und unwürdige Spiel hat aber noch viele andere Varianten", sagte Gratz. "Der FPÖ-Abgeordnete Probst will statt des Konferenzzentrums den Semmering-Basistunnel. Der Wiener ÖVP-Obmann Dr. Busek verlangte, das Geld nicht nur für Wohnungen, sondern auch noch für das Sozialmedizinische Zentrum Ost und für Arbeitsplatzförderung auszugeben, sein LandesparteiSekretär Fürst möchte es für Stadterneuerung und den öffentlichen Verkehr. Der gleiche Dr. Mock, der jetzt Wohnungen statt des Konferenzzentrums will, hat das gleiche Geld auch schon für Subventionen an die verstaatlichte und natürlich auch an die private Wirtschaft verlangt, der Präsident des Bauernbundes will es für Grenzlandregionen, Bergbauern, Straßenbau, Spezialkulturen und etliche andere Dinge, die Kärntner ÖVP will Investitionen in Kärnten statt in Wien und die burgenländische ÖVP, die im Fall Rauchwarter so schwer angeschlagen ist, will Hochbauten im Burgenland statt in Wien, der oberösterreichische Landeshauptmann will um das gleiche Geld ein Krankenhaus in Linz und der steirische Landeshauptmann will Amtsgebäude und Kraftwerke in der Steiermark." (Forts.) sti/gg

NNNN

Gratz: Unernsteste Argumente gegen Konferenzzentrum (2)

=++++

9 Wien, 29.1. (RK-POLITIK) "Man muß leider feststellen, daß man die ÖVP in dieser Frage nicht mehr ernst nehmen kann", stellte Gratz fest. "Sie will eine Anti-Wien-Stimmung anheizen, indem sie jedem alles verspricht, was er gerne haben möchte. Man kann jetzt nur mehr tun, was notwendig ist, um möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Das heißt, wie es die Regierung beschlossen hat, 5.000 Wohnungen zusätzlich zu bauen, eine Milliarde Schilling zusätzlich für die Althausssanierung aufzuwenden, mit neuen Maßnahmen der Wirtschaft zu helfen - und schließlich auch, das Konferenzzentrum zu bauen".

(Schluß) sti/bs

NNNN

Ehrenzeichen für Obermedizinalrat Suhsmann

=++++

10 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien überreichte Freitag Bürgermeister Leopold GRATZ Obermedizinalrat Dr. Dr. Otto SUHSMANN. Wie der Bürgermeister betonte, erfreut sich Dr. Dr. Suhsmann der Wertschätzung im Kollegenkreis nicht nur als Arzt, sondern auch als Vertreter der Standesinteressen der Ärzte.

Dr. Dr. Otto Suhsmann wurde 1908 in Teschen geboren und studierte an mehreren Universitäten. 1934 promovierte er in München zum Dr. med. dent. Nach dem Krieg studierte er in Wien Medizin und ließ sich 1948 als approbierter Zahnarzt hier nieder. Seit 1957 ist Dr. Dr. Suhsmann als Mandatar der Ärztekammer Wien in verschiedenen Funktionen tätig. Er veröffentlichte zahlreiche Beiträge über Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde sowie über Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie. (Schluß) en/bs

NNNN

Volkszählungsergebnis: Wien hat 1,515.666 Einwohner (1)

Utl.: Jeder fünfte Österreicher wohnt in Wien

=++++

11 #Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Österreich hat 7,555.338 Einwohner. 20,1 Prozent, nämlich 1,515.666, leben in Wien, das damit bei der Wohnbevölkerung (nach dieser Zahl richten sich die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich) an der Spitze liegt. Bei der Bürgerzahl, die maßgeblich für die Mandatszuteilung bei Nationalrat und Bundesrat ist, erreichte Wien 1,402.261 nach Niederösterreich, wo 1,403.337 österreichische Staatsbürger leben. Diese Ergebnisse wurden Freitag im Innenministerium bekanntgegeben. #

Die Bevölkerungszahl Wiens ist damit gegenüber der letzten Zählung vor zehn Jahren von 1,614.941 um 6,1 Prozent zurückgegangen. Neben Wien gab es auch in der Steiermark Verluste, während in allen anderen Bundesländern eine Bevölkerungszunahme verzeichnet wurde. Den stärksten Bevölkerungszuwachs erzielte Vorarlberg mit 12,6 Prozent.

Bei der Ermittlung der Bürgerzahl (die österreichischen Staatsbürger) wurde in Wien ein Rückgang gegenüber 1971 um 149.864 oder 9,7 Prozent registriert. Niederösterreich, wo die Bürgerzahl um ein halbes Prozent stieg, liegt damit vor Wien. Die Zahl der österreichischen Staatsbürger stieg in Salzburg mit 8,3 Prozent am stärksten.

Wien hat somit weiterhin den größten Anteil an der Gesamtbevölkerung (20,1 Prozent), gefolgt von Niederösterreich (19 Prozent) und Oberösterreich (16,8 Prozent). (Forts.) and/gg

NNNN

Volkszählungsergebnis: Wien hat 1,515.666 Einwohner (2)

=++++

12 Wien, 29.1. (RK-KOMMUNAL) Innenminister Erwin LANZ erläuterte, daß vier Wiener Nationalratsmandate nach Westen wandern werden, und zwar je eines nach Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg. Die Zahl der Bundesräte wird aufgrund dieser Zählung von 58 auf 65 erhöht werden, wobei Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, die Steiermark und Tirol je ein Mandat, Oberösterreich zwei Mandate erhalten werden.

Der Präsident des österreichischen Statistischen Zentralamtes, Hofrat Dr. Josef SCHMIDL, erklärte, daß sich die Veränderungen durch Reklamationen in einem nicht relevanten Bereich bewegten. Die Zunahme in den westlichen Bundesländern führte er auf die dortige positive Geburtenbilanz und die Ost-West-Wanderung zurück. Mit der Veröffentlichung der demographischen Struktur der österreichischen Bevölkerung rechnet Schmidl im heurigen September, die sozioökonomischen Zahlen werden anschließend bekanntgegeben. Innenminister Lanz bezeichnete als eine der Ursachen für die Wanderung nach Westen, daß die wirtschaftlichen Chancen der Bevölkerung im Osten des Bundesgebiets schlechter sind als im Westen. Hier sind, so Lanz, Maßnahmen zu überlegen. (Schluß) and/gg

NNNN